



# Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

## Interview der Reichsbanner-Zeitung mit Ministerpräsidentin Heide Simonis



Heide Simonis - Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein

*Frage: Die steigende Lebenserwartung der Rentner, die zurückgehende Geburtenentwicklung und die hohe Arbeitslosigkeit bringen die Rentenkasse zunehmend in Schwierigkeit. Muß nicht auch eine von der SPD geführte Bundesregierung eine Kürzung der Renten oder noch höhere Beiträge ins Auge fassen?*

Es stimmt, daß die steigende Lebenserwartung und die zurückgehende Geburtenentwicklung die Rentenversicherung vor große finanzielle Herausforderungen stellen. Dies gilt im übrigen für alle Alterssicherungssysteme ohne Rücksicht darauf, auf welchen Finanzierungsmodalitäten sie im einzelnen beruhen.

Eine von der SPD geführte Bundesregierung würde in den Mittelpunkt der Sanierung der gesetzlichen Renten-

versicherung weder eine Kürzung der Renten noch eine Erhöhung der Beitragslast stellen.

Eine Lösung zur Verbesserung der Einnahmeseite ist die Einbeziehung weiterer Personenkreise als Beitragszahler. Das gilt vor allem für die geringfügig Beschäftigten und sogenannten Scheinselbständigen. Dabei muß auch geprüft werden, inwieweit andere Personenkreise auch der Rentenversicherungspflicht unterstellt werden sollten. Außerdem ist dafür zu sorgen, daß die versicherungsfremden Leistungen der Rentenversicherung nicht mehr aus dem Beitrags, sondern aus dem Mehrwertsteueraufkommen finanziert werden.

*Frage: Wie hoch sind ungefähr die Leistungen der Rentenkasse an Personen, die selbst keine Beiträge eingezahlt haben?*

Eine gesetzliche Definition für solche Leistungen liegt nicht vor. Es handelt sich um Leistungen, die als Staatsaufgaben nicht nur von den Beitragszahlern, sondern auch von der Allgemeinheit, das heißt von allen Steuerpflichtigen getragen werden müßten. Das sind zum Beispiel Leistungen nach dem Fremdrentengesetz für Vertriebene oder Aussiedler, Kindererziehungszeiten, Ausbildungs-Anrechnungszeiten oder Zeiten der Kriegsgefangenschaft. Einer Berücksichtigung dieser Zeiten bei der Rentenzahlung stehen zwar keine Beiträge der jeweils Betroffenen im Sinne des Äquivalenzprinzips gegenüber, die Leistungen kommen aber ganz überwiegend Menschen zugute, die über lange Jahre während ihres „normalen“ Erwerbslebens Beiträge gezahlt haben.

Die Berechnungen für den Umfang versicherungsfremder Leistungen gehen sehr weit auseinander. Diejenigen, die alle Leistungen einrechnen, die nicht auf Beitragszahlungen beruhen, kommen auf über 190 Milliarden Mark. Darin ist dann aber auch die Familienversicherung in der Gesetzlichen Krankenversicherung mit einem Volumen von über 50 Milliarden Mark enthalten. Die kann nach meiner Auffassung nicht als versicherungsfremd bezeichnet werden. Sie ist ein systemimmanenter Bestandteil des Solidarausgleichs.

Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz kommt bei der Untersuchung der Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung insgesamt auf einen Betrag von 57,6 Milliarden Mark. Würden die über Steuern finanziert, würde das eine Beitragssenkung von über vier Prozentpunkten bei den Sozialversicherungen bedeuten.

*Frage: Bei der Altersvorsorge setzt sich die SPD dafür ein, daß sich bei einer privaten Vorsorge die Förderung auf niedrige Einkommen konzentriert. Was verstehen Sie unter niedrige Einkommen?*

Da zur Zeit verschiedene Modelle diskutiert werden, halte ich es für verfehlt, wenn ich den Ergebnissen dieser Diskussion vorgreifen würde. Klar ist für mich aber, daß Gutverdienende keiner staatlichen Unterstützung bedürfen, um private Altersvorsorge zu treffen.

*Frage: Die Befürworter des EURO begründen dies auch damit, daß dadurch neue Arbeitsplätze geschaffen werden. In der Frankfurter Allgemeinen vom 9.8.1997 ist dagegen zu lesen, daß der Euro allein keine neuen Arbeitsplätze schafft. Welche Ansicht vertreten Sie?*

Mit der Einführung des Euro entfallen Wechselkurschwankungen und damit entstehen den Unternehmen Kostenvorteile im Außenhandel. Dies stärkt die Konkurrenzfähigkeit und trägt damit auch indirekt zur Sicherung und vielleicht auch Schaffung von Arbeitsplätzen bei, ohne daß deren Anzahl genau beziffert werden könnten.

*Frage: Falls der Euro nicht zum 1.1.1999 kommt, ist doch zu befürchten, daß dann die Devisenspekulanten massiv auf die DM setzen und sie damit aufwerten. Würde das unsere Exportwirtschaft nicht erheblich belasten? Sehen Sie überhaupt eine Möglichkeit, den Devisenspekulanten, die mit an dem Verlust von Arbeitsplätzen Schuld tragen, das Handwerk zu legen bzw. die Spekulationsgewinne massiv zu besteuern?*

Die Befürchtung, daß die Mark durch Devisenspekulationen aufgewertet werden könnte, wenn der EURO zum 1.1.1999 nicht kommt, ist nicht von der Hand zu weisen. Um so wichtiger ist es, daß die gemeinsame Währung planmäßig startet. Ich habe daran aber auch keinen Zweifel.

Devisenspekulanten, die sich international bewegen, werden immer wieder schnell Möglichkeiten finden, der Besteuerung von Spekulationsgewinnen wenigstens teilweise aus dem Wege zu gehen. So notwendig diese Besteuerung auch ist, glaube ich nicht, daß sie dazu geeignet ist, Devisenspekulationen, die der Volkswirtschaft schaden, wirklich zu unterbinden.

Die Europäische Zentralbank und die nationalen Zentralbanken werden allerdings die nötigen Reserven und Mittel haben, mögliche Devisenspekulationen sowohl in den Monaten zwischen Mai 1998 und 1.1.1999 als auch in der Zeit nach dem Beginn der Währungsunion zu verhindern.

*Frage: Im Jahr 1995 betrug die Bewertung des Außenwertes der DM 112. Jetzt sind es 103, eine etwa gerechte Bewertung. Besteht die Möglichkeit, die Bewertung der Wechselkurse gerecht zu bewerten?*

Es gibt verschiedene Methoden, die Über- oder Unterbewertung einer Währung zu ermitteln. Die eine „richtige“ Bewertungsmethode gibt es jedenfalls nicht. Festzustellen ist, daß die DM beispielsweise gegenüber europäischen Währungen wie dem englischen Pfund oder dem Lire an Wert verloren hat. Gegenüber dem US-Dollar dürfte die DM unterbewertet sein.

*Frage: Nach Ansicht der SPD hat die Globalisierung eine Mitschuld an der deutschen Standortchwäche. Sie bedroht Arbeitsplätze, Wohlstand und Sozialstaat. Sehen Sie das auch so und was will die SPD dagegen unternehmen?*

Globalisierung an sich ist nichts Schlechtes. Gerade wir Sozialdemokraten haben uns die Internationale von Beginn an auf unsere Fahnen geschrieben und schon 1925 im Heidelberger Programm die Vereinigten Staaten von Europa gefordert.

Der entscheidende Punkt ist aus meiner Sicht, wie wir mit der Globalisierung umgehen. Gehen wir den neoliberalen „Turbokapitalisten“ auf den Leim und suchen unser Heil in Sozial- und Umweltdumping? Oder sehen wir Globalisierung als Chance für unser sozialdemokratisches Modell, das Modernisierung und sozialen Zusammenhalt immer als zwei Seiten einer Medaille betrachtet und sich für weltweite soziale und ökologische Mindeststandards einsetzt? Für mich ist klar: Neoliberale Globalisierung - Nein Danke! Vernünftig gestaltete Globalisierung - Ja bitte!

*Frage: Von gewisser Seite wird man nicht müde, den Mißbrauch des Sozialsystems anzuprangern, dagegen aber die Steuerhinterziehung und den Subventionsbetrug zu verharmlosen.*

*Wie will die SPD gegen dieses Übel vorgehen?*

Wir müssen gegen beides angehen: sowohl gegen Sozialmißbrauch als auch gegen Steuerhinterziehung und Subventionsbetrug.

Zum einen unterstütze ich die Forderung, Sozialhilfeempfänger wieder in den Arbeitsprozeß zu bringen, wenn nötig auch mit sanftem Druck. Die Ergebnisse des Lübecker Modells sind ermutigend. Dort werden Sozialhilfeempfänger seit September 1996 vor die Wahl gestellt, entweder gemeinnützig zu arbeiten oder eine Kürzung ihrer Unterstützung in Kauf zu nehmen. Ausgenommen sind Kinder, ältere oder kranke Menschen und Alleinerziehende. Ergebnis: Fast jeder vierte Antragsteller meldete sich nie wieder bei den Ämtern. Die Stadt sparte binnen weniger Monate 11 Millionen Mark Sozialhilfe, 350 Menschen haben wieder einen Job. Jugendliche, die vorher auf der Straße standen, haben teilweise sogar eine feste Anstellung gefunden. Die Betroffenen empfinden die Aufforderung zur Arbeit überwiegend als Chance.

Aber wir müssen nicht nur die Schlangen in den Sozialämtern abbauen, sondern auch die Schlangen vor den Bankfächern in Luxemburg oder der Schweiz. Denn das Finanzamt wird immer noch von mehr und viel feineren Leuten um viel höhere Summen betrogen als das Sozialamt. Wir brauchen ein Aktionsprogramm gegen Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung. Diejenigen, die zusammen rund 130 bis 150 Milliarden DM am Fiskus vorbei ins Ausland schleusen, dürfen nicht ungeschoren bleiben.

*Frage: Durch die Abschaffung der betrieblichen Vermögenssteuer und der Gewerkekapitalsteuer sind die Unternehmer bereits erheblich entlastet. Dagegen ist das Einkommen der Arbeitnehmer in den letzten Jahren rückläufig. Was wird die SPD gegen diese Entwicklung unternehmen? Wird sie die private Vermögenssteuer wieder einführen?*

Wir müssen die Millionen Normalverdiener entlasten und nicht die Millionäre - zum Beispiel durch die Streichung von Abschreibungsvergünstigungen. Die Lohnsteuerzahler tragen immer zur Staatsfinanzierung bei. Dagegen sinkt die tatsächliche Steuerlast von Großverdienern und Großunternehmen - und das bei steigenden Gewinnen. Hier ist etwas faul im Staate Deutschland.

Die Lasten müssen wieder gerechter verteilt werden. Die Leistungsfähigkeit muß wieder das Prinzip der Besteuerung werden: Starke Schultern - große Last, schwache Schultern - kleine Last. Der Normalverdiener muß entlastet werden.

Im übrigen gehe ich fest davon aus, daß die SPD nach einem Sieg bei den Bundestagswahlen 1998 schnellstens für die Wiedereinführung der privaten Vermögenssteuer sorgen wird.

*Frage: Besteht nicht die Gefahr, daß das immer hemmungsloser zu Tage tretende Gewinnstreben des Kapitalismus ständig mehr Arbeitsplätze abschafft und damit auch die Demokratie als Lebensform?*

Ich bin eine entschiedene Gegnerin konservativer Kräfte, die aus unserer sozialen Marktwirtschaft einen „Kapitalismus pur“ machen wollen. Wenn der soziale Zusammenhalt einer Gesellschaft verlorengeht, dann rüttelt das an den Fundamenten unserer Demokratie. Deshalb setze ich auf den Politikerwechsel in Bonn im September 1998. Fünfzehn Jahre Helmut Kohl sind genug. Wir müssen das konservative Zeitalter des hemmungslosen Egoismus und der gesellschaftlichen Spaltung überwinden. In Deutschland muß es wieder fair zugehen.

Ich finde es zum Beispiel fragwürdig, wenn die Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank 1996 im Schnitt knapp 2,3 Millionen Mark kassierten. Das waren 300.000 Mark oder 15,2 Prozent mehr als 1995. Wer Wasser predigt, sollte keinen Wein trinken.

*Frage: Mit Unterstützung der Bundesregierung sind in den ostdeutschen Bundesländern massiv neue Wohn-*

*und Gewerbeparks entstanden. Die westdeutschen Kapitalgeber haben hierbei viel Einkommensteuer gespart. Jetzt steht ein sehr großer Teil dieser Wohn- und Büroräume leer, also totes Kapital, und trotzdem wird zügig weitergebaut. Wird eine von der SPD geführte Bundesregierung diesen Abschreibemißbrauch stoppen?*

Aus meiner Sicht sind die vielen Abschreibungsrui- nen in Ostdeutschland ein Ärgernis ersten Ranges, das unbedingt angepackt werden muß. Es kann auch nicht angehen, daß Besserverdienende über legales Ausschöpfen von Abschreibungsmöglichkeiten ihre direkten Steuern auf ein Minimum oder Null verringern. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Das heißt natürlich nicht, daß sinnvolle Investitionen in den Aufbau Ost künftig nicht mehr gefördert werden sollten. Aber das muß intelligenter geschehen.

*Frage: Die Unternehmer beklagen sich über das schlechte Investitionsklima. Es wird aber doch nur investiert, wenn nach den erzeugten Produkten auch eine Nachfrage besteht. Doch die läßt im Inland sehr zu wünschen übrig. Seit Jahren ist sie sogar rückläufig. Sieht die SPD eine Möglichkeit, die Inlandsnachfrage zu steigern?*

Den entscheidenden Impuls für mehr Inlandsnachfrage kann eine Steuerreform geben, die vor allem die Arbeitnehmerfamilien und Normalverdiener entlastet. Mehr Geld in den Taschen der Normalverdiener sorgt für mehr Nachfrage. Mehr Nachfrage schafft mehr Produktion und mehr Arbeitsplätze. Das ist der richtige Weg. Schließlich brauchen wir einen Beschäftigungs-Boom und keinen Champagner-Boom.

*Das Interview wurde von Hans Bonkas geführt.*

Das Reichsbanner  
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).

Erscheint seit 1924

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 10,00 DM einschließlich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Das Konto unserer Bundeskasse ist bei der Bank für Gemeinwirtschaft in 60325 Frankfurt am Main, Konto-Nr. 100 77 651 00, BLZ 500 101 11.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 65933 Frankfurt.

Redaktion und Pressesprecher: Alexander Matwejew (presserechtlich verantwortlich), Hans Bonkas (stellv. Pressereferent).

Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.

## Alfred Körner ist tot



16.12.1997



Unser Freund, Kamerad und Bundesvorsitzender, Alfred Körner, ist tot. Er verstarb am 8. Dezember im Alter von 87 Jahren. Mit ihm verliert das Reichsbanner die Symbolfigur eines aufrichtigen, kämpferischen und solidarischen Demokraten.

Von sich selbst hat er gesagt: „Die Arbeit in der Sozialdemokratischen Partei, in der Arbeiterjugend, der Gewerkschaftsjugend und im Reichsbanner in den letzten Jahren der Weimarer Zeit hat mich geprägt. Die harten Auseinandersetzungen mit den Feinden der Republik, die bitteren Jahre der illegalen politischen Arbeit und die schwere Zeit des Krieges und der Kriegsgefangenschaft waren für meine Generation eine entscheidende Erfahrung“.

Er hat die Zeitspanne über ein halbes Jahrhundert mit seiner Erfahrung, seinem Wissen und seinem Rat überbrückt. Durch ihn bekam das Reichsbanner in den achtziger Jahren die Orientierung auf den Bund aktiver Demokraten.

Er bekannte sich zum Reichsbanner trotz seiner Fehler und Schwächen, denn: „... es gab noch mehr Mut, Solidarität und Opferbereitschaft“. Für ihn war stets wesentlich, die Einsichten der Geschichte wachzuhalten und weiterzugeben. Er hat es in vielen Interviews und schriftlichen Beiträgen getan und andere dazu ermuntert, es ebenfalls zu tun.

Für Alfred Körner war das Reichsbanner keine militante Gruppe mehr. Er wollte mit Debatten und dem eigenen

Beispiel Zeichen für Freiheit, Demokratie, Menschenwürde und Menschlichkeit gesetzt wissen. Er glaubte fest an die moralische Kraft des Menschen und seine Fähigkeiten, alle wirtschaftlichen und sozialen Zwänge abzubauen. Mit diesem grundlegenden Optimismus hat er das Nachkriegsreichsbanner wie kein zweiter stimuliert. Wir nehmen Abschied von einem Vorbild und werden in seinem Sinne die Brücke von der Vergangenheit über die Gegenwart zur Zukunft weiter schlagen.

Die Trauerfeier für Alfred Körner fand am 16.12.1997 in Frankfurt am Main statt.

### Nachruf

Wir trauern um unseren Kameraden

### Alfred Körner

Bundesvorsitzender des  
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Alfred Körner verstarb am 8. Dezember 1997 im Alter von 87 Jahren. Wir verlieren in ihm einen Kameraden der bis zuletzt seine ganze Kraft für Demokratie, Menschenwürde und Freiheit eingesetzt hat. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.

*Freiheitsbund e.V., Landesverband Berlin,  
der Vorstand - Horst Brüggemann*

Wir trauern um

### Alfred Körner

Bundesvorsitzender und stellvertretender Ortsverein-Vorsitzender unseres Bundes aktiver Demokraten, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Frankfurt am Main. Der Kampf um den Ausbau und Erhalt der parlamentarischen Demokratie war seine politische Lebensaufgabe.

*Ortsverein Frankfurt am Main, Hans Brück.*



# Seminar in Berlin



Die TeilnehmerInnen am Mahnmal im KZ Sachsenhausen in Oranienburg

Vom 1. - 5.10.1997 haben wir mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung und in Zusammenarbeit mit dem August-Bebel-Institut ein weiteres Seminar in Berlin durchgeführt. An dem Seminar haben 30 Auszubildende der Frankfurter Flughafen AG und 10 Zeitzeugen der Nazi- sowie der SED-Diktatur teilgenommen. Hierbei hatten insbesondere die jungen Teilnehmer und Teilnehmerinnen die Gelegenheit, bei der Besichtigung der Haftanstalt Hohenschönhausen und

dem KZ Sachsenhausen in Oranienburg mit eigenen Augen zu sehen, welche grausamen Verbrechen an politisch Andersdenkenden und an unseren jüdischen Mitbürgern begangen worden sind. Auch ein Besuch des Berliner Abgeordnetenhauses mit Besichtigung sowie eine Unterredung mit einem Mitglied des Präsidiums, sowie ein Besuch der ehemaligen Stasizentrale in der Normannenstraße mit einem Referat des Landesbeauftragten für Stasiangelegenheiten in Sachsen, Sigmar Faust, hat stattgefunden.

Wie sehr insbesondere die jüngeren Teilnehmer und Teilnehmerinnen von dem Seminar beeindruckt waren, ist aus beigefügtem Schreiben zu ersehen.

Hans Bonkas



Die TeilnehmerInnen am Gedenkstein in der Haftanstalt Berlin - Hohenschönhausen

### Seminar "Berlin - Schauplatz deutscher Geschichte" vom 1. bis 5. Oktober 1997

Sehr geehrter Herr Bonkas,  
sehr geehrte Damen und Herren,

vom 1. bis 5. Oktober 1997 haben wir, Auszubildende der Flughafen Frankfurt/Main AG, in Berlin an einem Seminar teilgenommen, das Sie in Zusammenarbeit mit dem August-Bebel-Institut für uns organisierten.

Wir danken Ihnen, daß Sie uns bereits zum zweiten Mal die Möglichkeit gaben, uns intensiv mit der deutschen Geschichte auseinanderzusetzen. Besonders in der heutigen Zeit ist es wichtig, sich immer wieder daran zu erinnern, wohin politischer Extremismus führen kann.

Berlin ist als Veranstaltungsort für ein solches Seminar doppelt interessant, da Spuren aus zwei Diktaturen zu finden sind. Die Besichtigungen der verschiedenen Gedenkstätten haben uns sehr berührt - anders als Bücher es könnten. Besonders beeindruckend waren die Besuche im KZ Sachsenhausen und in der ehemaligen Haftanstalt Hohenschönhausen.

Wir sind mit vielen neuen Eindrücken nach Frankfurt zurückgekehrt. Geschichtsbücher liefern Zahlen, aber erst Gespräche mit Zeitzeugen lassen diese Zahlen lebendig werden. Wir danken Ihnen für die Zeit, die Sie sich genommen haben, um uns auf diesem Berlin-Seminar zu begleiten.

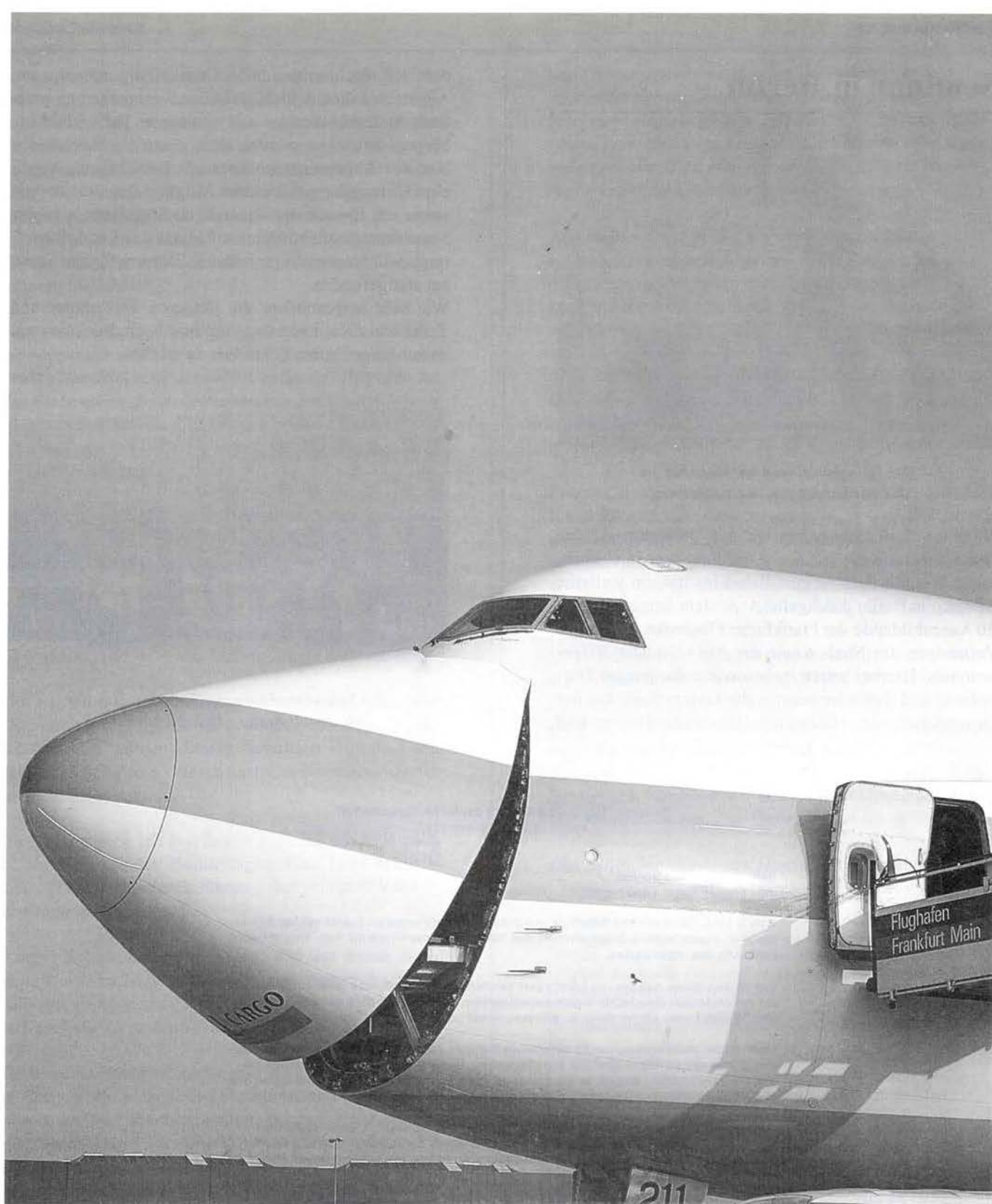
Wir können Geschichte nicht ungeschehen machen, aber wir können daraus lernen!

Mit freundlichen Grüßen

Auszubildende der  
Flughafen Frankfurt/Main AG

*Ein herzliches Dankeschön  
aus dem Herzen  
Ulrich*

Sandra, Steffi, Frank, Anja, Jutta, Sabine, Frank, Holger, Jutta, Nicole, Uli, Niklas, Daniela, Stefan, Aune, Karin, Elena



**Ein kleines Lächeln kann viel bewegen.**

Der Flughafen Frankfurt ist groß: nach Passagieren die Nummer zwei und im Luftfrachtverkehr sogar die Nummer eins in Europa. Aber Größe ist auch im Zeitalter der Globalisierung nicht alles. Deshalb freut es uns besonders, wenn wir bei Umfragen der internationalen Presse nach den servicefreundlichsten Flughäfen der Welt regelmäßig auf den vordersten Plätzen landen. Unser Airport hat viele Gesichter: Luftverkehrskreuz, Nahtstelle der Verkehrssysteme, Marktplatz und Ort interkultureller Begegnung. Und die größte Arbeitsstätte Deutsch-

lands. Hier sind über 52.000 Menschen tätig, von denen mehr als 12.000 für die Flughafengesellschaft arbeiten. Jeder einzelne von ihnen trägt dazu bei, daß unser Service weltweit einen ausgezeichneten Ruf genießt. Denn die Qualität eines Unternehmens hängt von seinen Mitarbeitern ab. Und nicht von seiner Größe.

Flughafen  
Frankfurt Main

Service zwischen Himmel und Erde